

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 97 (2003)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Krieg gegen die Souveränität der Völker  
**Autor:** Kebir, Sabine  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-144406>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 01.05.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Krieg gegen die Souveränität der Völker

*Sabine Kebir hat sich immer wieder mit der arabischen Gesellschaft auseinandergesetzt und kennt diese auch aus eigener Anschauung. Im Aprilheft 2002 kommentierte die Autorin das saudische Angebot an Israel. Im folgenden Beitrag analysiert sie die Situation des Irak nach dem Krieg. Das Land wäre in der Lage, den Wiederaufbau von Wirtschaft und Staat aus eigener Kraft an die Hand zu nehmen. Stattdessen betreiben die Siegermächte eine Politik der Rekolonialisierung zur Sicherung der Ölquellen. Die neue koloniale Weltordnung verletzt das Selbstbestimmungsrecht der Völker – Sabine Kebir nennt es die Volkssouveränität – weit über den Irak hinaus.*

*Red.*

## Der Irak braucht kein Patronat

Amerikaner, Engländer und die symbolischen Truppenkontingente der «Willigen» haben den Irak besetzt. Ob sie dem *Hauptziel des Kriegs*, nämlich den *Terrorismus* in der Region auszurotten, wirklich näher gekommen sind, glaubt noch niemand. Erreicht wurden die *Sicherung der Ölquellen* und die Möglichkeit, ein Protektorat mit einer *Mariottenregierung* zu bilden. Diese wird tatsächlich versuchen, so etwas wie «Rechtssicherheit» zu schaffen. Ob dabei mehr herausspringt, als günstige Lizenzen für die Ausbeutung des Öls durch amerikanische Gesellschaften rechtlich abzusichern, sei noch dahingestellt. Um einen Irak der irakischen Bürger und Bürgerinnen aufzubauen, ist nicht nur das Verschwinden Saddams erforderlich, sondern ein auch hinsichtlich seiner natürlichen Ressourcen sowie seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik souveränes Land.

Ein Patronat des Auslands oder gar Entwicklungshilfe ist eigentlich gar nicht nötig. Der Irak ist in vielerlei Hinsicht ein *modernes Land* und kann nicht wie Afghanistan als unterentwickelt gelten. Wenn ein Grossteil seiner Bevölkerung heute arm ist, liegt das am *Embargo*. Wenn es an Medikamenten mangelte, lag das ebenfalls am Embargo. Und trotz Embargo und Krieg bietet der Irak noch lange nicht die Bilder gegenwärtiger afrikanischer Armut.

Gegen den Saddam-Staat lässt sich vieles vorbringen. Aber immerhin hatte er die Bevölkerung während des Embargos und auch in der Vorbereitung des Krieges offenbar doch relativ gleichmässig mit *Grundnahrungsmitteln* ausgestattet. Das muss ihm die amerikanische Militärverwaltung nun erst einmal nachmachen.

## Würdeloses Gerangel um den Wiederaufbau

Das würdelose Gerangel um das «Recht», am Wiederaufbau im Irak teil-

zunehmen, nach dem auch ungeniert die Europäer gieren, ist obszön. Vorausgesetzt, man respektiert die Souveränität des Irak, könnte er sich nämlich sofort wieder selbst aufbauen. Er verfügt über genügend *technische und administrative Kader*. Und sogar die *Frauenemanzipation* ist soweit gediehen, dass Saddams Biowaffen-Programm von einer Dame geleitet wurde. Und es gibt genug Gebildete, die sich zweifellos nach echter Demokratie sehnen und sie auch auf den Weg bringen könnten.

Gerade in der arabischen Welt, die bis zum Ersten Weltkrieg von den Osmanen und teilweise bis zu Beginn der sechziger Jahre von europäischen Mächten dominiert bzw. kolonisiert war, ist der Begriff der *Souveränität* viel stärker als im heutigen Europa mit dem *sozialen Inhalt der Nationsbildung* erfüllt. Die Araber machten im 20. Jahrhundert die Erfahrung, dass ihnen weder die grossen, supranationalen Imperien noch die karitativen Pflichten der reichen Muslime gegenüber den armen soziale Stabilität oder gar Fortschritt brachten. Wo es zu sozialem Fortschritt kam, waren die Bildung eines unabhängigen Staats, ei-

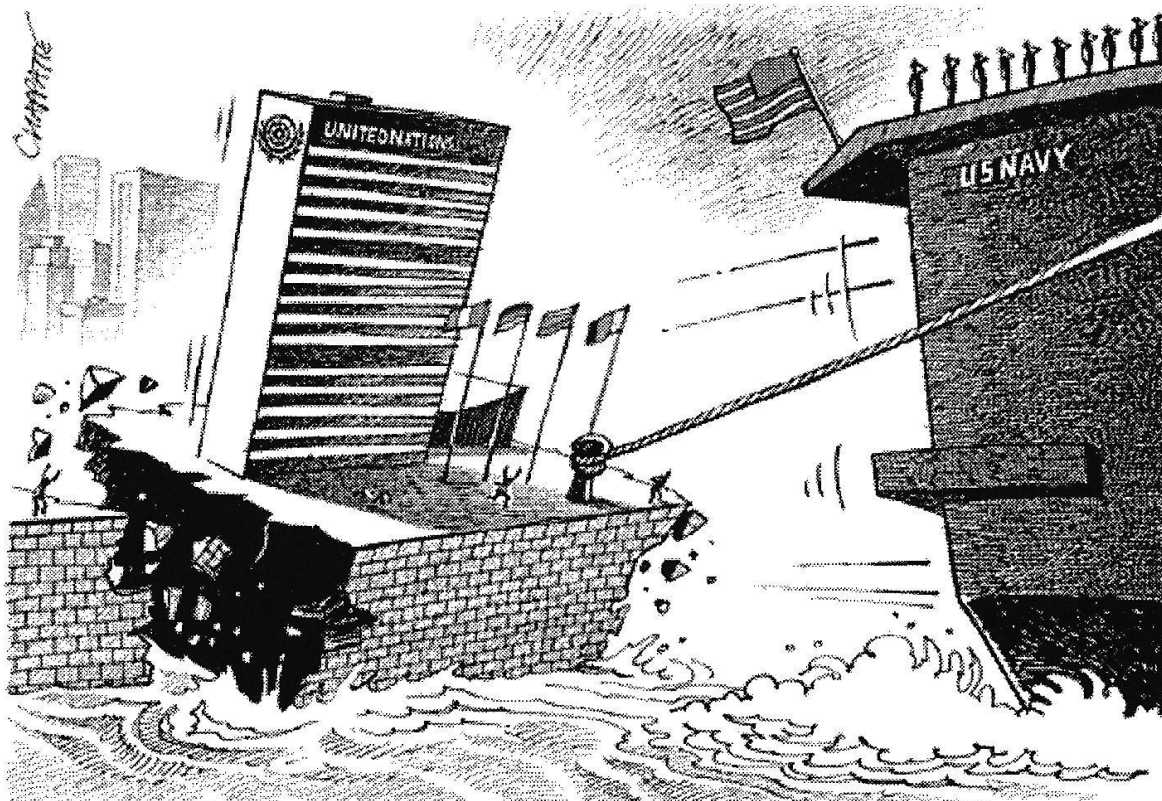
nes grossen staatlichen Wirtschaftssektors und der Aufbau moderner Solidarsysteme vorausgegangen.

Dass es nicht zur *Demokratisierung* kam, wurde für diese Länder ebenso zur Achillesferse wie für den Ostblock. Aber dem Westen ging es – jedenfalls bis heute – auch nicht um die Demokratisierung der Region. Invasionsgrund der Briten, Amerikaner, Franzosen und Israelis in Ägypten 1956 war die Nationalisierung des Suezkanals. *Saddat* konnte sie aus symbolischen Gründen nicht rückgängig machen, lieferte dafür aber die ganze ägyptische Wirtschaft der Privatisierung und damit dem Westen aus.

Die *Entstaatlichung der irakischen Ölquellen* ist ein Vorgang, den die arabische Welt nicht anders denn als einen Meilenstein zu ihrer erneuten *Rekolonialisierung* auffasst. Dass sie ihr quasi ohnmächtig zuschauen muss, verheisst nichts Gutes.

### Quo vadis Europa?

Die Solidarität, die die meisten Kriegsgegner weltweit mit dem irakischen und dem palästinensischen Volk verbindet, entspringt nicht einer unkritischen Sym-



Chappatte in Le Temps am 7. März 2003

pathie für Saddam oder Arafat, nicht einem angeblichen Antisemitismus oder Antiamerikanismus und auch nicht nur der Empörung gegen die enorme Menschenrechtsverletzung, die dieser Krieg darstellt. Sie speist sich vielmehr aus der nun viel deutlicher wahrnehmbaren Gefahr, die weltweit von der weiteren *Korrosion des Prinzips der Volkssouveränität* ausgeht.

Wenn auch demokratisch gewählte nationale Parlamente in Europa kaum mehr über Arbeitsplätze, Gesundheit und soziale Versorgung der Menschen souverän bestimmen können, scheint es nämlich, dass wir alle drauf und dran sind, kolonisiert zu werden. Dazu ist offenbar keine ständige Besatzungspräsenz mehr vonnöten: Die *Kolonialprofite* können heute im Smalltalk korrupter Führungseliten und per Mausklick realisiert werden. Und wer sich dem nicht freiwillig unterwerfen will, wird in Zukunft mit High-Tech-Waffen dazu gebracht.

Die Europäer und Europäerinnen befinden sich immerhin in der komfortablen Lage, *wählen* zu können, ob sie sich im neuen Weltkolonialsystem als die kleineren Mitprofiteure in die Front der Amerikaner stellen. Dazu gehört dann allerdings auch, ab und zu ein wenig Drecksarbeit zu übernehmen und sich

im übrigen mutig den Gefahren des terroristischen Widerstands der Kolonisierten auszusetzen. Quo vadis Europa?

## Die UNO – Reparaturklavin für Kollateralschäden?

Die UNO steht übrigens vor genau demselben Problem. Mitmachen oder sich ausklinken? Bislang galt sie als Garant der Souveränität der Völker, und viele hoffen, dass sie das auch in Zukunft wieder wird. In der arabischen Welt ist diese Hoffnung fast gestorben. Man hat die UNO als *hartherzige Organisatorin des Embargos* wahrgenommen, mit dem sie sich bereits seit 12 Jahren gegen das irakische Volk instrumentalisieren liess. Den Krieg hat sie nicht verhindert. Und nun steht sie in Gefahr, endgültig zur Reparaturklavin für die Schäden an Menschen und Sachen zu werden, die die amerikanischen Waffen krank bzw. kaputt geschossen haben.

Damit wäre das Königsprinzip installiert, nach dem die *neue koloniale Weltordnung* funktionieren soll: Filet-Gewinne für kleine Gruppen, die sich – was den alten Kolonialmächten nie ganz gelang – jetzt per Mausklick aus der sozialen Verantwortung stehlen können. Soweit es dem Rest der global ausgeraubten Menschheit noch gelingt, einen humanitären Gestus anzunehmen, anstatt sich untereinander auszurauben, darf er dann die behebbaren Folgen der «Kollateralschäden» bezahlen.

Wenn die UNO je wieder zur glaubwürdigen *Verfechterin der Volkssouveränität* werden will, darf sie die für den Irak notwendige humanitäre Hilfe nicht selbst leisten. Damit würde sie schuldig, künftige Kriege derselben Art nicht nur zu legitimieren, sondern bereits auch zu programmieren. Sie kann und sollte ausdrücklich nur als Organisatorin und Koordinatorin der internationalen und privaten Hilfsleistungen agieren. Ansonsten stünde sie weiterhin unter Verdacht, in Wirklichkeit das *Geschäft der USA* zu betreiben. ●

Aus: The Economist  
vom 19.10.2002

